

Beschluss des Landesparteitages:
Bildungspolitische Ziele DIE LINKE.NRW für 2006

Die Schwarz-Gelbe Landesregierung treibt mit ihren zahlreichen Gesetzesvorhaben im Bildungsbereich, beispielsweise dem Studienbeitragsgesetz oder der Novellierung des Schulgesetzes eine konservative Umgestaltung des Bildungssystems in NRW voran. Sie gibt Prinzipien wie Unentgeltlichkeit in der Bildung auf, stellt Fördern über Fordern, anstatt beides maßvoll auszugleichen und verabschiedet sich von dem Ziel, Bildung für alle in jedem Alter und unabhängig von ökonomischen Möglichkeiten zu gewährleisten. Diesen bildungspolitischen Maßnahmen setzen wir Vorschläge für ein sozial gerechtes, integratives Bildungssystem entgegen:

Dies soll mit der flächendeckenden Möglichkeit zur frühkindlichen Förderung beginnen. In der Betreuung von unter Drei Jährigen ist NRW immer noch Entwicklungsland. Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund und Kindern mit mangelnder Sprachkompetenz in Deutsch, aber auch für Kinder aus bildungsfernen Schichten, ist eine vorschulische Bildung entscheidend für ihre Chancen im späteren Leben. Wir fordern den Ausbau von Tageseinrichtungen mit kleinen altersgemischten Gruppen und die Sicherstellung und den Ausbau von Krippen/ Krabbelstuben. Aus PISA müssen endlich Konsequenzen gezogen werden.

Es hat sich gezeigt, dass längeres gemeinsames, integratives Lernen bessere Erfolge erzielt als die in NRW praktizierte Dreigliedrigkeit des Schulsystems. Durch Maßnahmen wie schulförmenspezifische LehrerInnenausbildung und die Beschränkung des Einflusses der Eltern auf die Schulwahl zementiert die Landesregierung lediglich dieses nicht mehr zeitgemäße Schulsystem. Wir treten daher für eine Schule für alle bis zur 10. Klasse ein. Eine Abschaffung der Grundschulbezirke vertieft soziale Segregation in NRW und hat überdies negative Auswirkungen auf den Bildungserfolg von Kindern aus ökonomisch schlechter gestellten Familien. Zentrale Abschlussprüfungen mit konservativen Lernzielkatalogen sollen ersetzt werden durch alternative Evaluationsverfahren, die sich an den zu erwerbenden Kompetenzen der Lernenden orientieren. Die geplante Novellierung des Schulgesetzes sieht unter anderem die Abschaffung der Drittelparität in der Schulkonferenz vor. Dies ist ein herber Rückschlag für die politische Partizipation von SchülerInnen bei den Entscheidungsprozessen an der Schule. Hierbei unterstützen wir die Landes-SchülerInnenvertretung NRW bei ihrer Kampagne für den Erhalt der Drittelparität. Wir fordern SchulsozialarbeiterInnen für alle Schulen. Schulsozialarbeit muss ein fester Bestandteil im Bildungsbereich werden

Der Krise auf dem Ausbildungsmarkt muss endlich mit einer Ausbildungsplatzabgabe begegnet werden. Gerade in NRW ist der freiwillige Ausbildungspakt keinesfalls ausreichend. Wir fordern den Ausbau schulischer Berufsbildungsgänge. Diese sind kein Ersatz für die duale Ausbildung, aber eine anerkannte Alternative. Ein plurales Ausbildungssystem, in dem an verschiedenen Lernorten gelernt und ausgebildet wird, ist eine Alternative für benachteiligte Jugendliche ohne Schulabschluss. Die neue, rigide Vergabep Praxis der BA für Maßnahmen der Benachteiligtenförderung (BNF) bedeutet Herabsetzung der Standards und Qualitätsverlust. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen haben kürzere Laufzeiten mit erheblich abgesenkten Personalschlüsseln. Eine qualifizierte Berufswahlorientierung und Berufsausbildung in den Jugenddörfern steht vor dem Aus. Jugendliche mit besonderem Förderbedarf müssen nach der allgemeinbildenden Schule weiter betreut und gefördert werden, um aktiv am Arbeitsleben teilnehmen zu können.

Eklatante Ökonomisierung im Hochschulwesen, nicht zuletzt durch Studiengebühren und allein auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteter Umsetzung des Bologna Prozesses, gefährden das Hochschulsystem. Statt solcher Schritte müssen Hochschulen auf eine breitere öffentlich finanzierte Grundlage gestellt werden. Wir treten für eine Demokratisierung der Hochschulen und sonstigen

Wissenschaftseinrichtungen ein. Eine evtl. Umstrukturierung der Hochschulen (Bachelor/Master) muss in den gewählten Gremien der Hochschulen diskutiert und entschieden werden, unter einer erweiterten Beteiligung aller Hochschulangehörigen. Bildung und Wissenschaft dürfen nicht den Profitinteressen unterworfen werden. Wir verstehen Bildung und Wissenschaft nicht als Waren. Sie sind ein gesellschaftliches Potential, an dem alle Menschen teilhaben können müssen.

Berufliche sowie nicht berufsbezogene Weiterbildungsmöglichkeiten müssen ausgebaut und bezahlbar gehalten werden und dürfen nicht vermeintlichen Sparzwängen zum Opfer fallen. Die Standards, die Finanzierung und die Standorte der Volkshochschulen müssen erhalten bleiben. Das Angebot zum Erwerb von Schulabschlüssen muss ausgebaut werden.

Bildungspolitisch nimmt sich der Landesverband der Linkspartei. NRW vor, folgende Projekte zu verfolgen:

- * Für 2006 ist es unser Ziel, gemeinsam mit den KollegInnen der WASG auf Landesebene und den Basisgruppen und Kreisverbänden beider Parteien, Evaluationen über den Bedarf frühkindlicher Förderung in NRW zu sammeln, um eine Grundlage für landespolitische Konzepte in diesem Bereich zu schaffen.

- * In 2006 soll es uns gelingen, AkteurInnen aus unserer Partei, der WASG und weiteren linken bildungspolitischen Akteuren in NRW, die Arbeit an einem ganzheitlichen Konzept für eine Schule für alle in NRW voranzutreiben. Wir wollen um Menschen und Positionen werben, die sich an einer solchen Konzeptionisierung beteiligen wollen.

- * Die gemeinsame Kampagne mit der WASG und der Linksfraktion im Bundestag um eine Ausbildungsplatzabgabe hat nicht nur sozial- sondern auch bildungspolitische Bedeutung. Dieses Thema muss von uns gefördert und gemeinsam mit der außerparlamentarischen Bewegung in die öffentliche Debatte getragen werden.

- * Wir wollen 2006 zu einer Vernetzung von Die Linke. Hochschulgruppen und anderen Gruppierungen und Menschen kommen, die mit uns in NRW arbeiten wollen. Die bereits begonnene Kampagne gegen Studiengebühren soll gemeinsam mit den Hochschulgruppen und anderen AkteurInnen in die Hochschulen getragen werden.